

Ermöglichung der Nutzung von Mitgliedsdaten für ehrenamtliches Engagement

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

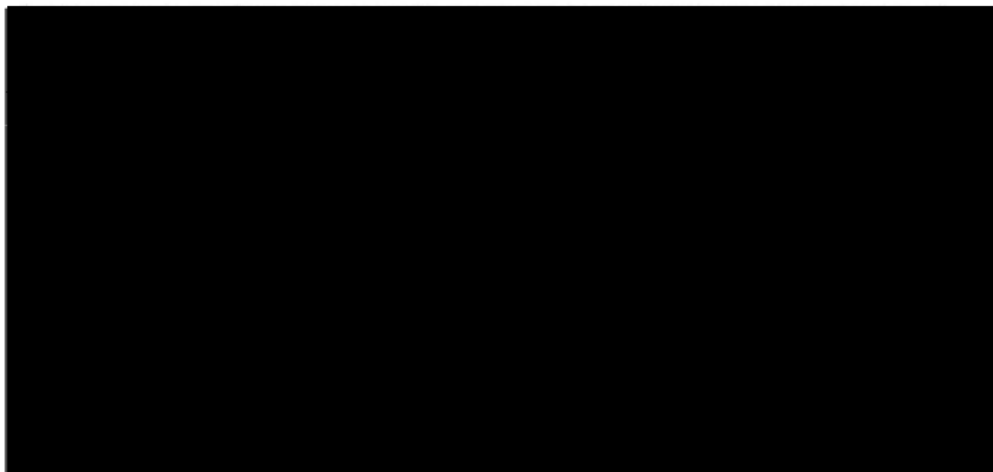
Die Delegiertenversammlung fordert die Geschäftsführung und den Vorstand auf, die bestehenden datenschutzrechtlichen Grundlagen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO) konsequent zu nutzen, um die Ansprache, Aktivierung und Koordination von ehrenamtlicher Arbeit und Engagement im Verein zu stärken. Mitgliedsdaten sollen zum Zweck der ehrenamtlichen Arbeit an aktive Vereinsmitglieder weitergegeben werden können, soweit dies zur Erfüllung des Vereinszwecks erforderlich ist. Dazu gehört auch, dass Mitglieder von Bezirksleitungen die Informationen erhalten, die sie für ihre Arbeit benötigen. Das betrifft insbesondere Kontaktdaten wie Telefonnummer und Adresse sowie soweit erforderlich auch Angaben zur Wirtschaftseinheit der Wohnung. Die Nutzung dieser Daten soll zweckgebunden erfolgen und auf das notwendige Maß beschränkt bleiben ("Datenminimierung").

Begründung:

Nach gängiger Praxis im Datenschutzrecht für Vereine gehört es zum Mitgliedschaftsverhältnis, Mitglieder über Aktivitäten zu informieren und sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Die dafür nötige Nutzung von Mitgliedsdaten ist durch Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO gedeckt und braucht keine zusätzliche Einwilligung, solange sie sich im Rahmen des Vereinszwecks bewegt. Der Vereinszweck nach § 2 der Satzung zielt ausdrücklich auf Zusammenschluss und Engagement der Mieter. Ohne aktive Mitglieder lässt sich dieser Zweck nicht erfüllen. Ehrenamtliches Engagement ist daher zentral für die Arbeit des Vereins. Damit Bezirksleitungen ihre Aufgaben erfüllen können, müssen sie ihre Mitglieder kennen und erreichen können. Ohne Zugriff auf die nötigen Kontaktdaten und grundlegenden Informationen ist eine wirksame Organisation und Interessenvertretung kaum möglich. In der Praxis gibt es hier aber oft Zurückhaltung oder Unsicherheit. Dadurch bleiben viele Möglichkeiten ungenutzt. Der Antrag stellt klar, dass die rechtliche Grundlage bereits besteht, und fordert, diese im Sinne des Vereinszwecks auch anzuwenden.

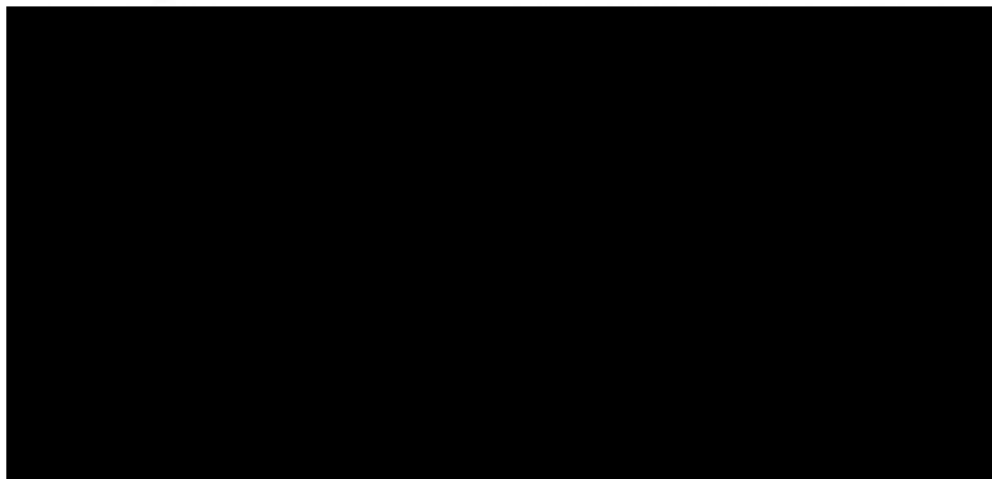
Antragstellende: AK Bewegung, Nachwuchs und Organisation

Unterstützungsunterschriften:



Antragstellende: AK Bewegung, Nachwuchs und Organisation

Unterstützungsunterschriften:



Verzahnung von BMV-Ehrenamt und Miet-Initiativen

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

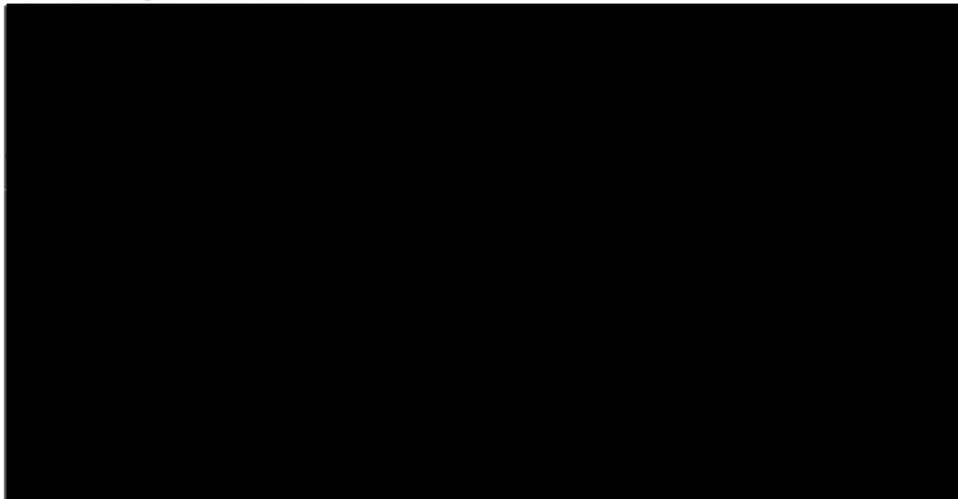
Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Verzahnung der BMV-Ehrenamtsstrukturen mit den lokalen Miet-Inis in allen Bezirken weiter zu befördern und auszubauen. Damit die Mieter:innen-selbstorganisation weiter Schule machen kann, sollen die Bezirksgruppen mit den jeweils notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Eine mögliche Konkretisierung ist dabei die regelmäßige Durchführung von Neuentreffen in den Bezirken, mit dem Ziel noch mehr aktive Mitglieder für die wichtige Arbeit in den Bezirksgruppen zu gewinnen. Das Neuentreffen soll etwa als motivierende Nachmittagsveranstaltung mit mietenpolitischen aber auch sozialen Bestandteilen stattfinden, damit sich die Mitglieder kennenlernen und miteinander ins Gespräch kommen können. Vertreter:innen von Initiativen, die im Bezirk aktiv sind, sollen zum Neuentreffen eingeladen werden. Eine breite Bewerbung des Neuentreffens über die verschiedenen Kanäle des Vereins (MieterMagazin, E-Mail an Mitglieder im Bezirk, persönliche Ansprache) sollte erfolgen. Die Bezirksleitungen sollten durch das Hauptamt bei der Durchführung der Neuentreffen unterstützt werden.

Begründung:

Die BMV-Bezirksgruppe präsentiert sich etwa durch die Neuentreffen als Ort, an dem sich mietenpolitisch Aktive und Interessierte im Bezirk treffen und gemeinsam handeln. Für die Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen im Verein sind die bestehenden Miet-Inis wichtige Quellen der Inspiration und des Wissens über erfolgreiche Organisation und kollektive mietenpolitische (und juristische) Kämpfe. Gleichzeitig kann der Verein wichtiger Vernetzungspunkt und Ressourcengeber sein für die bestehenden Inis und helfen, deren Wissen und Mitstreitende über die zyklisch funktionierenden einzelnen Auseinandersetzungen in den Siedlungen hinaus zu halten, und weiterzugeben, mit dem Ziel der Multiplikation. Nur so ist die dringend notwendige, langfristig orientierte, stadtweite Organisation der Mieterinnenschaft möglich. Dies sollte stets ein Kernanliegen des Vereins sein.

Antragstellende: AK Bewegung, Nachwuchs und Organisation

Unterstützungsunterschriften:



Berliner Kiezprojekt retten – Dringende Prüfung aller finanziellen Möglichkeiten zur Weiterführung

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Vorstand und Geschäftsführung des Berliner Mietervereins werden aufgefordert, unverzüglich alle Möglichkeiten auszuschöpfen/zu prüfen, um das Berliner Kiezprojekt über das Ende der bisherigen Förderperiode im Dezember 2026 hinaus zu erhalten.

Begründung:

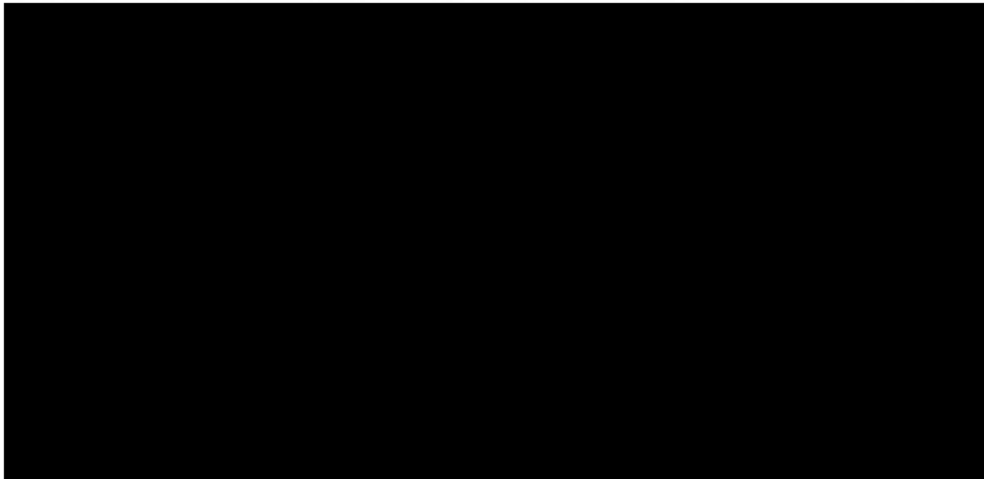
Das Berliner Kiezprojekt ist ein gemeinsames Projekt des Berliner Mietervereins, der AG Starthilfe von Deutsche Wohnen & Co Enteignen und des Movement Hub. Ziel des Projekts ist der Aufbau organisierter Mieter*innen-Strukturen in Häusern und Kiezen – Initiativen, die Mieter*innen dabei unterstützen, sich gemeinsam zu organisieren, ihre Interessen zu vertreten und kollektiv für bessere Wohnbedingungen einzutreten. Das Projekt hat in den vergangenen Jahren wichtige Erfolge erzielt und Strukturen aufgebaut: So sind Initiativen wie z.B. "Pankow gegen Verdrängung", die "Mieterinitiative Mariendorf-Ost", die "Kiez-Initiative Weiße Siedlung" oder das "Berliner Bündnis gegen Vonovia und Co" mit Unterstützung des Kiezprojekts neu entstanden. Diese haben etwa durch kollektive Heizkostenwidersprüche, solidarische Prozessbegleitung, koordinierte Mängelmeldungen, strategische Klagen, Pressearbeit sowie zahlreiche Protestkundgebungen konkrete materielle Erfolge für die Mieter:innen errungen und zu einer erhöhten Sichtbarkeit mietenpolitischer Kämpfe in der Stadt beigetragen. Über hundert Aktive aus Mietinitiativen wurden im Rahmen von Intensivtrainings und Workshops in Methoden der Mieter:innenorganisation ausgebildet. Zudem gehen durch das Kiezprojekt wichtige Impulse für die Stärkung und Verjüngung der ehrenamtlichen Struktur des Berliner Mietervereins aus.

Die bisherige Finanzierung läuft jedoch Ende des Jahres 2026 aus. Damit drohen nicht nur die laufenden Projekte einzubrechen – es droht auch der Verlust des aufgebauten Wissens, der Netzwerke und der Organisationsstrukturen. Der Berliner Mieterverein war bisher nicht finanziell am Kiezprojekt beteiligt, konnte jedoch in vielerlei Hinsicht vom Kiezprojekt profitieren – etwa in der Verfügung über kostenlose Referent*innen zur Mieter*innen-Organisation. Der Wert des Kiezprojekts für den Berliner Mieterverein erschöpft sich jedoch nicht darin: Das Kiezprojekt ermöglicht es, die Arbeit der Bezirksgruppen mit den Initiativen in den Häusern zu verzahnen und so den Berliner Mieterverein wieder als präsenten Akteur in den Häusern und Kiezen zu verankern. Für dieses Ziel der Verzahnung wird nun eigens eine Stelle im BMV geschaffen – umso wichtiger ist es, die Organisationsarbeit in den Häusern nicht abreißen zu lassen, die diese Stelle erst mit Leben füllt. Angesichts der aktuellen mietenpolitischen Lage in Berlin und der Bedeutung organisierter Mieter*innen-Strukturen für die Durchsetzung mietrechtlicher Interessen wäre das Scheitern des Kiezprojekts ohne Nachfolgelösung ein schwerer Verlust – für die betroffenen Mieter*innen, für die Bezirksgruppen und für den Berliner Mieterverein als Ganzes. Die Delegiertenversammlung fordert Geschäftsführung und Vorstand daher dringend auf, gewissenhaft alle realistischen Optionen zur Weiterführung zu prüfen – einschließlich direkter finanzieller Unterstützung durch den Mieterverein.

auch die Kommunikation mit allen Mitgliedern im Bezirk eine vertretbare Übergangslösung, um interessierte Mitglieder zu erreichen. Bezirksaktivengruppen sollten diese beispielsweise für die Einladung zu Veranstaltungen nutzen können. Dabei sollte immer auf die neuen Kommunikationskanäle verwiesen werden und wie man sich für diese anmelden kann. Als Übergangslösung ist es vertretbar, wenn dieser Kommunikationsweg für eine Übergangszeit häufiger genutzt wird, auch wenn einige Mitglieder der Bezirke kein Interesse an dieser zusätzlichen Kommunikation haben. Sobald die Emailverteiler für Aktive und Interessierte eine höhere Bekanntheit haben, kann die Aussendung von Emails an alle Mitglieder im Bezirk wieder auf die bisherige Praxis von 2-3 Emails pro Jahr zurückgefahren werden.

Antragstellende: AK Bewegung, Nachwuchs und Organisierung

Unterstützungsunterschriften:



In Kontakt bleiben - Kommunikationskanäle erweitern!

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Die Geschäftsführung wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Beirat und den Bezirksaktivengruppen ein Konzept zu Kommunikationskanälen zwischen den ehrenamtlich Aktiven untereinander, sowie zwischen der Geschäftsstelle und den ehrenamtlich Aktiven zu erarbeiten. Insbesondere soll es ermöglicht werden, dass Bezirksaktivengruppen mit interessierten Mitgliedern im Bezirk kommunizieren können, und dass die Geschäftsstelle, der Vorstand und der Beirat mit ehrenamtlich Aktiven und interessierten Mitgliedern kommunizieren können. Dafür sollen entsprechende Emailverteiler eingerichtet werden. Diese sollen gezielt beworben und eine einfache Zugänglichkeit sichergestellt werden (Stichwort: einfaches abonieren/abbestellen). Zur Bewerbung der Emailverteiler der Bezirksaktivengruppen und solange diese noch nicht weithin bekannt sind, sollen die Bezirksaktivengruppen die Möglichkeit bekommen bis zu 5 Mal im Jahr Emails an alle Mitglieder im Bezirk zu versenden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Aktivengruppen im Verein eigene Emailverteiler bekommen können. Insbesondere für Vernetzungs-Bündnisse, wie die LWU-Vernetzung und das Bündnis gegen Vonovia & Co., oder für die Gesamtheit der Delegierten für die Delegiertenversammlung sollten Kommunikationskanäle für die interne Kommunikation geschaffen werden. Parallel zur technischen Umsetzung der Emailisten soll ein Konzept erarbeitet werden, welche Informationen über die jeweiligen Wege kommuniziert werden sollen und wie Bezirksaktivengruppen diese nutzen können, um interessierte Mitglieder in die Bezirksarbeit einzubinden. Es muss geklärt werden, wie Mitglieder über die Emailverteiler informiert werden und wie ein einfacher Bei- oder Austritt zu den jeweiligen Listen ermöglicht wird. Um eine reibungslose technische Umsetzung zu ermöglichen und Chaos zu vermeiden, sollten die Emailverteiler von der IT der Geschäftsstelle aufgesetzt werden, und auch die technische Administration im laufenden Betrieb dort liegen.

Begründung:

Aktuell nutzt der BMV das MieterMagazin und den Email-Newsletter zur Kommunikation mit allen Mitgliedern. Darüber hinaus werden zu den Bezirksmitgliederversammlungen Emails an alle Mitglieder im Bezirk versendet. Über diese Kanäle soll aus Rücksicht auf weniger aktive Mitglieder nicht übermäßig oft kommuniziert werden. Gleichzeitig gibt es aktivere Mitglieder, die sich über häufigere Einladungen zu Veranstaltungen der Bezirksaktivengruppen, mietenpolitische Demonstrationen oder wichtige Informationen des Vereins freuen würden. Die bestehenden Kommunikationskanäle sind für diese Zwecke nicht ausreichend. Zusätzliche Kommunikationskanäle, die Mitglieder freiwillig abonnieren und auch wieder austreten können, können das aktive Vereinsleben befördern. Die bestehenden Kommunikationskanäle zwischen der Geschäftsstelle, dem Vorstand und dem Beirat mit den Mitgliedern des Vereins (MieterMagazin, Newsletter) gleichen einer öffentlichen Kommunikation. Bestimmte Informationen über das interne Vereinsleben können über diese bestehenden Kommunikationskanäle nicht geteilt werden, wenn diese nicht für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmt sind. Die Kommunikation des Vereins mit den ehrenamtlich Aktiven sollte nicht der gleichen Sorgfalt bedürfen, wie die Pressearbeit. Hierfür müssen separate Kommunikationswege geschaffen werden. Da die neuen Kommunikationswege nicht sofort die Bekanntheit bei allen interessierten Mitgliedern finden werden, ist für eine Übergangszeit von 2-3 Jahren